

# Deutschland 2029

Digitalpolitische Gelingensbedingungen  
für einen zukunftsfähigen Staat und eine  
resiliente Gesellschaft

Initiative  
**D21**

Digital  
Service

**SPRIN-D**



Zukunftsresilienz für  
Staat und Gesellschaft  
6

Neue Strukturen für einen  
zukunftsfähigen Staat  
10

Befähigung und  
Unterstützung für eine  
zukunftsfähige  
digitale Gesellschaft  
18

Gemeinsam für einen  
zukunftsfähigen Staat und  
eine resiliente Gesellschaft  
25

# Zukunftsresilienz für Staat und Gesellschaft

Wie sieht ein digitales Deutschland aus, in dem wir auch 2029 gerne leben? Wir erleben derzeit tiefgreifende Umbrüche angesichts rasanter technologischer Entwicklungen und globaler Herausforderungen wie Klimawandel, geopolitischer Krisen und dem Erstarken von Populismus. Um für die kommenden Jahrzehnte gewappnet zu sein, müssen wir unsere Strukturen so gestalten, dass wir nicht nur aktuelle Herausforderungen bewältigen, sondern auch auf zukünftige Veränderungen vorbereitet sind. Diese Fähigkeit, Wandel proaktiv zu gestalten und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln, nennen wir Zukunftsresilienz.

### **Digitalisierung als Schlüssel zur Resilienz**

Digitalisierung ist dabei nicht nur ein Treiber des Wandels, sondern auch Schlüssel, um Resilienz zu stärken: Sie ermöglicht nicht nur effizientere Abläufe und bessere Vernetzung, sondern auch schnelle Anpassungsfähigkeit in Krisenzeiten. Gleichzeitig erfordert der digitale Wandel selbst resiliente Strukturen, die flexibel, anpassungsfähig und sicher sind. Zukunftsresilienz bedeutet daher auch, digitale Technologien gezielt zu nutzen, um Staat und Gesellschaft widerstandsfähiger und anpassungsfähiger zu machen. Dafür braucht es ganzheitliche digitalpolitische Ansätze, die allen Menschen Chancen eröffnen.

### **Der Staat als digitaler Ermöglicher**

Grundlage hierfür ist die Beziehung zwischen Staat und Bürger:innen. Ein moderner Staat kann nicht nur Regulierer sein, sondern muss als Ermöglicher und Wegweiser auftreten, der digitale Technologien nutzt, um die Lebensumwelt seiner Bürger:innen zu verbessern. Das bedeutet,

Orientierung zu geben, digitale Kompetenzen im Umgang mit Wandel zu fördern und Innovationen anzustoßen. Als digitaler Dienstleister kann der Staat die Werte der Demokratie in die moderne Zeit übertragen und dadurch eine inklusive, souveräne und selbstbestimmte Gesellschaft unterstützen.

Eine Neuausrichtung des staatlichen Handelns und unserer Verwaltung ist der Schlüssel, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und die Chancen des digitalen Zeitalters für alle zugänglich zu machen.

In einem Zusammenschluss aus drei Organisationen haben wir uns daran gemacht, eine gemeinsame Vision dieser Neuausrichtung zu formulieren. Im Folgenden beschreiben wir gemeinsam die Gelingensbedingungen für einen zukunftsfähigen Staat aus zwei Perspektiven: die Neuausrichtung der Organisationsstrukturen sowie die Befähigung und Unterstützung von Bürger:innen in einem digitalen Deutschland.

## Wir – das sind:

Die **Initiative D21** ist Deutschlands größtes gemeinnütziges Netzwerk für die Digitale Gesellschaft. Seit unserer Gründung im Jahr 1999 setzen wir uns dafür ein, die digitale Spaltung zu verhindern und die digitale Transformation gesellschaftlich ausgewogen zu gestalten. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie politischen Partner:innen aus Bund und Ländern analysieren wir die zentralen Herausforderungen des digitalen Wandels. Unsere jährlichen Studien liefern fundierte Lagebilder zur digitalen Entwicklung von Gesellschaft und Verwaltung und dienen als Grundlage für faktenbasierte politische Entscheidungsprozesse. Dabei identifizieren wir konkrete Handlungsbedarfe und stoßen gesellschaftliche sowie politische Debatten an, um eine inklusive und zukunftsfähige Digitalpolitik zu gestalten.

Der **DigitalService des Bundes** gestaltet die Digitalisierung der Verwaltung – mit dem Ziel, das Leben der Bürger:innen einfacher zu machen und das Vertrauen in den Staat zu stärken. Als Digitalisierungspartner befähigen wir die Verwaltung, nutzer:innenfreundliche digitale Lösungen zu entwickeln und nachhaltig zu betreiben. Doch das allein genügt nicht. Die bestehenden Strukturen sind nicht dafür ausgelegt, digitale Anwendungen in großem Maßstab erfolgreich umzusetzen. Deshalb treiben wir gemeinsam mit unseren Projektpartner:innen die digitale Transformation der Verwaltung als Ganzes voran. Aus dieser Transformationsarbeit leitet sich unser Ziel ab, einen Bei-

trag zur notwendigen Neustrukturierung der staatlichen Digitalisierungslandschaft sowie des erforderlichen Kulturwandels und Kompetenzaufbaus zu leisten.

Die **Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND)** fördert zukunftsweisende Ideen, die Deutschland und Europa entscheidend voranbringen. Durch gezielte Unterstützung und Vernetzung hilft sie Projekten, konventionelle Grenzen zu überwinden und echte Durchbrüche zu erzielen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf digitaler Souveränität: SPRIND setzt auf sichere, offene und unabhängige Technologien, um Wirtschaft und Gesellschaft fit für die Zukunft, den Innovationsstandort Deutschland zu stärken und sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Darüber hinaus arbeitet SPRIND eng mit Forschenden, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zusammen, um neue Lösungsansätze zu entwickeln und deren praktische Umsetzung zu beschleunigen.





Neue  
Strukturen  
für einen  
zukunftsfähigen  
Staat

Szenario:

Deutschland 2029: Eine moderne, digitale Verwaltung ist das Aushängeschild eines leistungsfähigen Staates, dem die Menschen wieder mehr vertrauen.

### **Ein neuer Ansatz für Verwaltungsdigitalisierung erleichtert den Alltag**

Sascha (34) wechselte von der Digitalwirtschaft in die zentrale Digitaleinheit der Bundesverwaltung – überzeugt von der neuen zentralen Steuerung der Verwaltungsdigitalisierung. Die schnelleren Entscheidungswege ermöglichen spürbaren Fortschritt: in letzter Konsequenz auch für seine eigene Familie, die von effizienten Verwaltungsleistungen profitiert. Heute arbeitet er an der **DeutschlandID**, mit der Bürger:innen alle Behördengänge digital erledigen können.

### **Krisenresiliente Verwaltung stärkt das Vertrauen in den Staat**

Eine Flutkatastrophe trifft Deutschland. Masha (43) arbeitet als Programmiererin in der zentralen Digitaleinheit des Bundes und wird sofort in ein interdisziplinäres Krisenteam berufen. Dank **cloudbasierter Verwaltungsinfrastrukturen** kann ihr Team Daten aus den Krisengebieten in Echtzeit auswerten, Hilfsmaßnahmen länderübergreifend koordinieren und Anträge für Betroffene schnell bereitstellen.

## **Moderne Gesetzgebung und agile Prozesse bringen Verwaltung ins 21. Jahrhundert**

Bert (54), langjähriger Jurist in verschiedenen Ressorts, erlebt, wie moderne Gesetzgebung durch das Policy Lab in einer zentralen Digitaleinheit des Bundes vereinfacht wird. Ein Team hilft ihm und seinen Referatskolleg:innen in der Ausarbeitung Stakeholder direkt einzubeziehen. Ein großer Erfolg: **Das Klimageld wird nach Verabschiedung automatisch ausgezahlt**, ohne bürokratische Hürden – ermöglicht durch vernetzte Registersysteme, die alle notwendigen Informationen in Echtzeit austauschen.

## **Neue Kultur macht den Staat zum attraktiven Arbeitgeber**

Jana (27) startet in der zentralen Digitaleinheit des Bundes und erlebt eine Verwaltung, die auf Augenhöhe arbeitet. **Experimentierfreude, agile Prozesse und individuelle Stärken prägen ihren Arbeitsalltag** – und machen die Arbeit im Staat für viele weitere Digitaltalente interessant.

# Was brauchen wir?

Um eine zeitgemäße, leistungsfähige und zukunftsorientierte Verwaltung zu schaffen, die die Möglichkeiten von Digitalisierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben nutzt, brauchen wir eine grundsätzliche Neustrukturierung der Verantwortlichkeiten für Verwaltungsdigitalisierung. Sie leistet einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in Staat und Demokratie.

## **Für effektive Zukunftsgestaltung: Zentrale politische Verantwortung auf Ministerialebene für Digitalisierung**

Damit der Staat als Ermöglicher und Wegweiser auftreten kann, ist die Bündelung querschnittlicher Verantwortung auf der ministeriellen Ebene notwendig. In einer komplexen digitalisierten Welt ist fachübergreifende Koordination dabei genauso wichtig wie die Fachlichkeit selbst. Um dem gerecht zu werden, bedarf es einer einheitlichen Gesetzgebungs- und Regelungskompetenz zur Verwaltungsdigitalisierung und koordinierten Steuerung. Das Gleiche gilt für die Freigabe von Haushaltsmitteln für Digitalisierungsvorhaben aller Ressorts. Die Zusammenführung wesentlicher Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung (z.B. IT-Konsolidierung, Registermodernisierung, OZG, KI- und Cloud-Strategie, Digitalisierungsstrategie) in eine politische Verantwortung ermöglicht eine effektive Finanzierung, Steuerung und Umsetzung. So lässt sich Verwaltungsdigitalisierung bedarfsorientiert gestalten – und nicht als politischer Aushandlungsprozess.

## **Für eine effektive Koordinierung: Bündelung finanzieller Mittel**

Es müssen effektivere Finanzierungsstrukturen für Verwaltungsdigitalisierung geschaffen werden, um der Depriorisierung von Digitalvorhaben entgegenzuwirken. Dazu ist die Bündelung bestehender Haushaltsmittel für die Verwaltungsdigitalisierung notwendig. Ein gemeinsames, ressortübergreifendes Digitalbudget schafft Transparenz und eine klare Verantwortlichkeit für die IT-Kosten auf Bundesebene. Über eine zentrale Mittelvergabe lassen sich zukunftsfähige Architekturrichtlinien

und Qualitätsstandards durchsetzen, Redundanzen vermeiden und Vorhaben strategisch wie wirkungsorientiert koordinieren.

Ein Digitalbudget sollte dabei die Finanzierung von Projekten sowie von Daueraufgaben umfassen. Wesentliche digitale Basisdienste und -komponenten oder die digitale Infrastruktur des Staates sind keine Projekte, sondern dauerhaft bereitzustellende Angebote.

**Für eine effiziente Umsetzung:  
Stärkung von Umsetzungs- und Steuerungskompetenz  
in einer leistungsfähigen nachgeordneten Ebene**

Die Geschwindigkeit, in der sich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weiterhin verändern, erfordert eine pragmatische und wirksame Anwendung von Regelungen und Umsetzung von Vorhaben. Dies erfordert zunächst eine Refokussierung der Digitalarbeit auf ministerieller Ebene auf politische Beratung, Gesetze und strategische Priorisierung von Mitteln sowie die Koordinierung über Leitplanken und Zielvorgaben.

Darüber hinaus benötigt ein nachgelagerter Bereich zur Umsetzung von Zielen und Maßnahmen vor allem gebündelte Gestaltungs-, Management- und Ergebnisverantwortung. Der ministerielle Bereich und die gebündelte nachgelagerte Ebene können sich dabei eng strategisch abstimmen und so die Kompetenz- und Steuerungslücke zwischen politischen Entscheidungen und der bisher fragmentierten Umsetzungslandschaft schließen.

Der nachgelagerte Bereich sorgt außerdem für den dringend notwendigen Ausbau von interner Technologie-Kompetenz sowie für Beschleunigung und Skalierung der digitalen Transformation auf Bundes- und föderaler Ebene. Aufgabe ist daneben die Bereitstellung einer interoperablen, digitalen Infrastruktur, auf der dezentral digitale Anwendungen und Systeme entwickelt werden können.

### **Für eine wirksame Skalierung: Grundlegendes Angebot technischer Infrastrukturen, Plattformen und Basisdienste**

In einer hoch digitalisierten Welt muss auch der Staat effektiv im digitalen Raum agieren können. Der Föderalismus wird oft als größtes Hindernis der deutschen Digitalisierung genannt – dabei ist Dezentralität eins der Rezepte für technologische Resilienz. Eine effiziente föderale Digitalisierung braucht aber eine interoperable, digitale Infrastruktur, auf der dezentral digitale Anwendungen und Systeme entwickelt werden können, damit dieser Vorteil auch in der digitalen Verwaltung nutzbar ist.

Um mit der digitalen Welt Takt zu halten, braucht es einen Paradigmenwechsel in der Verwaltungsdigitalisierung: Beschaffungsverfahren, die dank technologischer Kompetenz innerhalb der Verwaltung offene, marktübliche Standards vorschreiben; Schnittstellen, die gut dokumentiert und niedrigschwellig nutzbar sind; Basiskomponenten, die belastbar sind und mit klaren Regeln schnell eingebunden werden können; Cloud-Infrastruktur und Entwicklungsumgebungen, die als Plattformkern die kontinuierliche Entwicklung und Betrieb (DevOps) von fachlichen



Lösungen ermöglichen. So kann ein Ökosystem von vernetzten Lösungen entstehen, die im Notfall austauschbar, einzeln wartbar, aber miteinander interoperabel sind.

### **Für krisenresilientes staatliches Handeln: Einsatzbereite Digitalkompetenzen**

Auch in der Zukunft werden Krisen unser Leben beeinflussen. Dafür muss der Staat dedizierte Kompetenzen zur Verfügung stellen. Kompetente Klein-Teams können in Krisenzeiten (z.B. Corona) und bei Notfällen (z.B. Systemausfälle) unterstützen und außerhalb von Krisenzeiten prioritäre politische Vorhaben schnell und wirkungsvoll umsetzen (z.B. Kindergrundsicherung oder Klimageld). Digitalvorhaben profitieren daneben zu jeder Zeit von der Arbeit in interdisziplinären Teams, die legislative und regulatorische Expertise mit Kompetenzen in Design, Data Science, Produktentwicklung und IT kombinieren. Insbesondere komplexe Projekte lassen sich durch interdisziplinäre Teams effizienter bearbeiten.

### **Für staatliche Anpassungsfähigkeit: Moderne Gesetzgebungsprozesse**

Um Gesetze digital und praktisch gut umsetzbar zu machen, muss die Art und Weise, wie sie entstehen, grundlegend anders werden. Die Innovationsforschung bietet wertvolle Ansätze, die den Gesetzgebungsprozess moderner und effektiver gestalten können: interdisziplinäre Teams, Einbindung von Vollzug und Betroffenen, nutzenorientierte Werkzeuge sowie technologiegestützte und transparente Prozesse. So wird moderne Gesetzgebung zum Innovationsprozess unserer Demokratie.

## **Für bedarfsgerechte digitale Angebote: Kulturwandel und Kompetenzaufbau in der Verwaltung**

Die komplexen Herausforderungen der kommenden Jahre erfordern eine Arbeitskultur in der Verwaltung, die schnelle Anpassungsfähigkeit an ein sich wandelndes Umfeld und modernes Projektmanagement integriert. Praxisorientierte Programme (z.B. Weiterbildungen, Fellowships, Agile Coaches) sorgen für den Aufbau entsprechender Digital- und Methodenkompetenz bei den Mitarbeitenden in der Breite der Bundesverwaltung. Agile Arbeitsformen, ressortübergreifende Zusammenarbeit, Eigenverantwortung, Priorisierungs- und Kollaborationsfähigkeit sowie Kreativität, Flexibilität und Offenheit werden auf allen Ebenen gefördert und insbesondere von Führungskräften vorgelebt. Diese Eigenschaften sind Voraussetzungen für eine wirkungsorientierte und effiziente Verwaltung.



Befähigung  
und  
Unterstützung  
für eine  
zukunftsfähige  
digitale  
Gesellschaft

Szenario:

Deutschland 2029: Alle profitieren dank breiter Digitalkompetenzen und bürger:innenfreundlicher Services von der Digitalisierung.

**Bürger:innenfreundliche Verwaltung:  
Schnell, unkompliziert, sorgenfrei**

Lisa (42), alleinerziehend, beantragt Wohngeld. Früher war das verbunden mit wochenlangen Wartezeiten, Ängsten und Formularen. Heute erledigt sie alles digital über ihr Bürger:innenkonto, **ohne Behördengänge oder Papierchaos**. Die Plattform führt sie intuitiv durch den Antrag, sie bleibt jederzeit informiert – und das Geld kommt pünktlich, sodass sie ihre Miete rechtzeitig zahlen kann. Lisa erlebt den Staat als verlässlichen Partner, der ihre Lebensumstände versteht.

**Inklusive Digitalisierung:  
Niemand wird zurückgelassen**

Herr Weber (78) hätte sich früher mit digitalen Behörden-diensten schwer getan. Dank **kommunaler Digital-lots:innen** erhält er persönliche Unterstützung. Heute nutzt er selbstständig Online-Verwaltungsdienste, erledigt Bankgeschäfte und hält per Videocall Kontakt zu seiner Enkelin.

## Digitale Kompetenzoffensive 7 Bildung für das 21. Jahrhundert

Max (12) lernt in der Schule nicht nur den klassischen Umgang mit Sprachen oder Mathematik, sondern auch **den sicheren Umgang mit KI** und kritische Informationsbewertung. Seine Schwester Emma (19) trainiert in ihrer Mechatronik-Ausbildung per **Virtual Reality** an Maschinen. Ihre Mutter Lisa bildet sich berufsbegleitend in **Datenanalyse** weiter – kostenlos und flexibel dank staatlicher Förderung. So bereitet die digitale Kompetenzoffensive alle Generationen auf die Zukunft vor.

# Was brauchen wir?

Eine umfassende und zielgerichtete Digitalisierung von Staat und Verwaltung muss in erster Linie den Menschen im Land dienen. Analoge Prozesse und Angebote werden in den kommenden Jahren zurückgehen und durch digitale ersetzt werden. Auch das schnelle Voranschreiten in der Entwicklung künstlicher Intelligenzen bedarf klarer Regeln für Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Datenschutz. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, sicherzustellen, dass diese Entwicklung nicht zu einer Vergrößerung der digitalen Kluft führt: Wenn wir über eine digitale Verwaltung sprechen, dann müssen wir auch Sorge dafür tragen, dass wir digitalkompetente Bürger:innen haben, die die Vorteile einer digitalen Verwaltung auch nutzen und erleben können. Der Zugang zum digitalen Raum in allen Lebensbereichen, insbesondere der Verwaltung, muss als grundlegender Bestandteil einer gerechten und inklusiven Gesellschaft gewährleistet sein, damit alle Menschen gleichermaßen von den Chancen der Digitalisierung profitieren.

## **Für das volle Ausschöpfen digitaler Potenziale:**

### **Digitale Kompetenzoffensive**

Digitale Kompetenzen sind essentiell für gesellschaftliche, wirtschaftliche und demokratische Teilhabe. Deshalb braucht es eine Digitale Kompetenzoffensive, die sicherstellt, dass digitale Kompetenzen zum festen Repertoire der deutschen Bevölkerung gehören. Die Ziele der europäischen Digitalen Dekade geben dafür einen klaren politischen Auftrag vor, der national strategisch umgesetzt werden muss. Dafür wird dieser in eine nationale Digitale Kompetenzstrategie übersetzt, welche ambitionierte Ziele setzt, die bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden sollen. Eine strategische Planung mit klaren Zielvereinbarungen, Verantwortlichkeiten, Meilensteinen und Maßnahmen ist unerlässlich. Zukunftsfähige Strukturen benötigen ausreichende personelle, finanzielle und administrative Ressourcen sowie eine konsequente Anbindung an die jeweiligen Leitungsebenen. Ein partizipativer Prozess stellt dabei sicher, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden und ein breites Verantwortlichkeitsgefühl entsteht.

### **Für einen ambitionierten Aufbau digitaler Kompetenzen in der Bevölkerung: Koordiniertes Vorgehen**

Die Digitale Kompetenzoffensive wird ressortübergreifend umgesetzt. Eine interministerielle Steuergruppe unterstützt die Zusammenarbeit, während eine Geschäftsstelle die administrative und operative Koordination übernimmt. Dabei setzt der Bund finanzielle Impulse und fördert Synergien. Die Länder steuern die praktische Umsetzung



und werden durch ein Koordinierungsgremium unterstützt, das regionale Besonderheiten ein- und verbindet.

Eine kontinuierliche Lern- und Weiterbildungskultur über den gesamten Lebensverlauf hinweg ist dabei essenziell. Schulen müssen Digitalkompetenzen von Kindesbeinen an vermitteln, während Weiterbildungsangebote Berufstätigen und älteren Generationen helfen, den Anschluss an technologische Entwicklungen nicht zu verlieren. Initiativen vor Ort kommt eine besondere Bedeutung zu. Durch sogenannte Digitallots:innen in Städten und Gemeinden werden Bürger:innen bedarfsgerecht unterstützt und Hemmschwellen effektiv abgebaut. Die Einbindung von Sozialpartner:innen, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sorgt für eine praxisnahe Ausrichtung der Maßnahmen auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe.

Folgende Rollenverteilung kann redundante Projekte verhindern und die Zusammenarbeit erleichtern:

**Zentrale Leitungsstelle:** Eine zentrale Leitungsstelle auf höchster Ebene wie das Bundeskanzleramt steuert die Offensive ressortübergreifend und verankert digitale Kompetenzen auf höchster politischer Ebene. Das schafft Sichtbarkeit und Verbindlichkeit, denn die Impulse kommen direkt von der Regierungsspitze.

**Bildung und Forschung:** Das zuständige Bundesministerium und die Kultusministerkonferenz fokussieren sich auf die Stärkung digitaler Fähigkeiten in

Schule, Ausbildung und Hochschule. Qualifizierung der Lehrkräfte, Ausstattung von Bildungseinrichtungen und innovative Lehrmethoden schaffen eine solide Grundlage.

**Arbeit und Soziales:** Das zuständige Bundesministerium, die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter fördern berufliche Fort- und Weiterbildung, um Erwerbstätige und Arbeitssuchende für den digitalisierten Arbeitsmarkt fit zu machen.

**Familie und Gesellschaft:** Das zuständige Bundesministerium sichert, dass alle Bevölkerungsgruppen, darunter Senior:innen, Alleinerziehende und Menschen mit Beeinträchtigungen, von digitalen Kompetenzen profitieren.

### **Für eine Offensive mit Nutzen: Wirkungsorientierung und Fortschrittsmessung**

Zu den strategischen Zielen sollte die Entwicklung eines nationalen Referenzrahmens gehören, in dem digitale Kompetenzen klar definiert und messbar gemacht werden. Regelmäßige Erfolgsmessungen und transparente Berichterstattung sind wesentlich. Repräsentative Erhebungen und formative Evaluationen stellen sicher, dass Maßnahmen und Programme rechtzeitig angepasst werden können. Daneben wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirkung der Maßnahmen untersucht. Indikatoren, die Innovationsfähigkeit, Beschäftigungseffekte und gesellschaftliche Teilhabe erfassen, stellen reale Verbesserungen für Wirtschaft und Gesellschaft sicher.

## **Für mehr Zufriedenheit der Menschen und stärkeres Vertrauen in staatliche Institutionen: Bürger:innenfreundliche digitale Dienstleistungen**

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden, müssen digitale Services nutzerorientiert, inklusiv und leicht zugänglich gestaltet sein. Interdisziplinäre Teams stellen eine nutzer:innenzentrierte Entwicklung sicher. Eine konsistente und intuitive Nutzerführung in Portalen, Abläufen und Formularen schafft Sicherheit, erleichtert die Bedienung und beschleunigt den Prozess. Dies steigert sowohl die Zufriedenheit als auch die Akzeptanz und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer wiederholten Nutzung.

Bürger:innen denken in Lebenslagen, nicht in Verwaltungsprozessen, und diese Perspektive sollte die Grundlage für die Organisationsweise und Gestaltung von Verwaltungsleistungen bilden. Dazu gehört auch die Verwendung einer für Bürger:innen verständlichen Sprache. Ein gemeinsamer Zugang zu digitalen Services, unabhängig von föderalen Zuständigkeiten, senkt zudem die Einstiegshürden und holt Bürger:innen dort ab, wo sie stehen.

# Gemeinsam

für einen  
zukunfts-  
fähigen  
Staat  
und eine

resiliente

Gesellschaft

Die digitale Transformation des Staates ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur aufzubauen sowie Verwaltung effizient zu modernisieren und zu stärken – als Rückgrat einer innovationsfähigen Wirtschaft und einer resilienten Gesellschaft.

Das ist entscheidend dafür, wie effizient politische Maßnahmen umgesetzt, wie flexibel auf Krisen reagiert und wie bürger:innennah staatliche Dienstleistungen gestaltet werden können.

Die in diesem Papier formulierten Vorschläge sind die Grundvoraussetzungen für eine neue Interaktion zwischen Staat und Bürger:innen. Dazu gehört eine eindeutige politische und finanzielle Verantwortungsstruktur, die Bündelung strategischer Steuerungskompetenzen, der Aufbau eines leistungsfähigen nachgelagerten Bereiches, inklusive der Bereitstellung interoperabler digitaler Infrastrukturen sowie ein konsequenter Kultur- und Kompetenzwandel in Verwaltung und Gesellschaft.

Diese Transformation kann nur gelingen, wenn alle relevanten Akteur:innen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind gefordert, ihre jeweiligen Stärken einzubringen, um einen zukunftsfähigen digitalen Staat zu schaffen. Es braucht eine gemeinsame Anstrengung, um die notwendigen Veränderungen mit Nachdruck und Weitsicht voranzutreiben.

Die Zeit zu handeln  
ist jetzt.  
Lassen Sie uns  
gemeinsam  
die Grundlagen  
für einen  
resilienten,  
leistungsfähigen und  
bürger:innennahen  
Staat schaffen.

## **Impressum**

### **Herausgeber:innen**

Initiative D21 e.V., DigitalService GmbH des Bundes,  
SPRIND GmbH – Bundesagentur für Sprunginnovationen

### **Autorenschaft und Redaktion**

Initiative D21

Sandy Jahn, Stefanie Kaste

DigitalService

Anna Hupperth, Joshua Pacheco, Anne-Marie Pellegrin,  
Magdalena Zadara

SPRIND

Jörg Resch

### **Schrift**

Ronzino (2025), Collettivo

### **Gestaltung**

DigitalService des Bundes, Bianca Seidel





Initiative  
**D21**

Digital  
Service

**SPRIN-D**